

Workshop

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zum Planungsvorhaben

„Campus Firmanei“ - Ergebnisse

Veranstalter: Universitätsstadt Marburg – Philipps-Universität Marburg

Durchgeführt am 16.11.2007, 15 bis 20 Uhr, Landgrafenhaus. Hörsaal LH 100

und am 17.11.2007, 10 bis 16 Uhr, Landgrafenhaus Hörsaal LH 100

I. Eröffnungsveranstaltung

Einführende Kurzvorträge

Der Präsident der Philipps-Universität, Prof. Dr. Volker Nienhaus, zeichnete die Zukunftsperspektive der Universität, die, angesichts des zunehmenden Wettbewerbs, nur dann von Erfolg gekrönt sein wird, wenn die Effektivität der Binnenstruktur für Forschungs- und Lehrpersonal erhöht und gleichzeitig die Attraktivität des Standorts ausgeschöpft und verbessert wird. Bündelung und Vernetzung der human- und naturwissenschaftlichen Fakultäten auf den Lahnbergen und Zusammenziehung der Geisteswissenschaften in der Innenstadt rund um den Alten Botanischen Garten ist das Doppelprojekt, das nun mit Hilfe der HEUREKA-Hochschulinitiative des Landes verwirklicht werden kann. Das jetzt entwickelte Konzept der dezentralen Konzentration der Institute um den Alten Botanischen Garten als ideelle Mitte erlaubt es, die verstreuten, historisch wertvollen und denkmalgeschützten Gebäude für die Institute zu nutzen, unter der Bedingung, dass der Neubau einer leistungsstarken modernen Bibliothek die vorhandenen geisteswissenschaftlichen Fachbibliotheken zusammenführt und dem schnellen Informationszugriff zugänglich macht. Die jetzige Bibliothek an der Wilhelm-Röpke-Straße erfüllt diesen Zweck nicht mehr.

Zum Schluss seiner Rede begrüßt der Präsident den Moderator des Workshops, Herrn Prof. Dr. Ing. Günther Uhlig, Freier Architekt, ehem. Inhaber des Lehrstuhls für Städte- und Wohnungsbau an der Universität Fridericiana, Karlsruhe und bittet ihn, nach der Pause die weitere Leitung der Veranstaltung zu übernehmen.

Während der Präsident der Universität die Sicht und die Interessen des Bauherren darstellte, beleuchtete der Oberbürgermeister der Stadt Marburg, Herr Egon Vaupel das geplante Vorhaben aus der Perspektive der Stadt. Er verwies auf die unersetzliche, wirtschaftliche und kulturelle Kraft der Universität, die gestärkt werden müsse, weil dann auch positive Effekte auf die Stadterneuerung ausstrahlen. Der geplante Campus Firmanei bringt eine Aufwertung der Nordstadt mit sich, die seit dem Klinikwegzug zu veröden droht. Anzeichen sind unübersehbar. Die nachhaltige Konversion der jetzt leerstehenden historischen Gebäude kann aber nur mit Universitätsmitteln sinnvoll erfolgen. Das Landesprogramm, das primär die Universitäten aufwerten will, kommt in seiner mittel- und langfristigen Auswirkung der Stadt und allen ihren Bewohnern zugute. Es gilt nun, das Projekt Campus Firmanei weiter zu durchdenken und die Interessen der Stadt mit denen der Universität konfliktfrei, auch im Detail, in Einklang zu bringen. Konkurrierende Nutzungsvorstellungen dürfen zum Beispiel den wertvollen Alten Botanischen Garten weder in seinem Natur- und Denkmalbestand bedrohen noch ihn der einseitigen Übernahme und Nutzung, gar Überlastung, zuführen. In den Workshop werden große Hoffnungen gesetzt, die Bürger können

und sollen ihre Sichtweisen und Kenntnisse einbringen, damit Planungsfehler von vornherein vermieden werden können.

Die Vizepräsidentin der Universität, Frau Prof. Dr. Katharina Krause erläuterte anschließend das HEUREKA-Programm und die zu erwartenden Finanzvolumina. Sie stellt auch heraus, dass ein Gutachten des HIS-Institutes (Hochschulinformationssystem GmbH, ein Bund-Länderinstitut) ergab, dass die Flächenbedarfe aller vorhandenen Institute in den projektierten Flächen in Bestand und Neubau unterzubringen sind.

Ausweitungen des Bauprogramms im Verlaufe des Planungsprozesses müssen daher nicht befürchtet werden.

War die Universität schon immer offen für alle, so solle doch mit dem Campus Firmanei die öffentlich auch wahrgenommene, von den Stadtbewohnern mitgenutzte Universität entstehen. Eine Schlüsselrolle kommt dabei der geplanten neuen Universitätsbibliothek zu, die die vorhandenen, zum Teil äußerst wertvollen, doch über die ganze Stadt verstreuten Institutsbibliotheken so zusammenfasst, dass kürzeste Wege zur Informationsbeschaffung entstehen und kooperatives, auch interdisziplinäres Arbeiten zeitsparend möglich wird.

Die Bibliothek werde keine Verdichtung nördlich des alten Botanischen Gartens erzeugen, im Gegenteil, sie wird mit angepasster, doch selbstbewusster Architektur eine Aufwertung der bestehenden und zu schützenden baulichen Kulturdenkmäler und der Freiräume mit sich bringen.

Die Machbarkeitsstudie, die das Münchener Projektmanagementbüro Dipl. Ing. Aumann (PMA) gefertigt und vorgelegt hat, beweist, dass eine behutsame Einpassung der Bibliothek in den Bestand möglich ist und eine Einbeziehung der Nordstadt erzielt werden kann.

Konkrete diskutable Bauentwürfe zur Bibliothek und ihre städtebauliche Einbindung können indes nur von einem Wettbewerb erwartet werden, der anfangs 2008 europaweit ausgeschrieben werden soll.

Herr Dipl. Ing. Joachim Klie aus Darmstadt, Vorsitzender des Wettbewerbsausschusses der Kammergruppe Hessen, unterstreicht in einem Vortrag die Vorzüge des formalisierten Wettbewerbsverfahrens, das nicht nur aufgrund der Konkurrenz qualitätsreiche Ergebnisse zeitigt, sondern auch zur Kosteneinsparung verhilft. In der bewertenden Jury sitzen dann nicht nur erfahrene Architekten und Planer, die zum Teil von auswärts kommen sollten, um einen frischen und unvoreingenommen Blickwinkel einzubringen, sondern auch sogen. Sachpreisrichter, von Kommune, Land, und Universität gestellt, die den lokalen Sachverstand einbringen und dem kulturellen Willen der Kommune und des Landes Hessen verpflichtet sind. Dass ortsfremde Lösungen aufgebürdet werden, muss also nicht befürchtet werden.

Aussprache im Plenum

Herr Uhlig erläutert kurz das Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung. Was früher Bürgerbeteiligung hieß, hat seine Namensänderung deshalb erfahren, weil deutlich sein soll, dass nicht nur gemeldete Bürger, sondern die interessierte Öffentlichkeit allgemein und auch Auswärtige sich mit Vorschlägen und Ideen einbringen können. Das im Baugesetzbuch geregelte Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung dient also nicht nur der Unterrichtung über geplante Vorhaben der Gemeinde, sondern verfolgt noch drei weitere Ziele. Im Begriff Öffentlichkeitsbeteiligung wird schon die Absicht einer Stärkung der Demokratiefunktion deutlich; die Rechtsschutzfunktion wird dadurch gestärkt, dass die Einwirkungsmöglichkeiten von Planungsbetroffenen verbessert werden; und im Interesse der hoheitlichen Planung ist es natürlich auch, das müssen die Bürgerinnen und Bürger zugestehen, dass die Akzeptanz der Planungen erhöht wird. Die Integration divergierender Interessen und Werthaltungen kann im Vorfeld erzeugt und in tragbaren Kompromissen in die behördliche Planung eingebracht werden. Das hat nichts mit „Funktionalisierung der öffentlichen Meinung“ zu tun und taugt auch nicht dazu, solche Prozesse der Öffentlichkeitsbeteiligung von vornherein als „Alibiveranstaltungen“ zu bezeichnen und herabzuwürdigen.

Allerdings sollten sich die Beteiligten in einem solchen dialogischen Verfahren darüber klar sein, dass die Vorschläge der informellen Partizipationsgruppen sich nicht fundamental von

den abgestimmten allgemeinen Vorgaben der Gemeinde abwenden dürfen und umgekehrt, die Planungsbehörde muss die vielleicht abweichenden, doch im Prinzip synchronen Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ernst nehmen und in das formelle Verfahren, so weit wie irgend möglich aufnehmen. Geschieht das auf beiden Seiten nicht, wird das Instrument der Beteiligung überzogen, sind Enttäuschungen und fortan Rückzug der Bürger wie der Behörden die Folge.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um eine zweite vorgezogene Öffentlichkeitsbeteiligung. Die erste ist als Informationsveranstaltung schon im April 2007 gelaufen. Wenn dann entscheidungsreife Planungen vorliegen, wird die formelle Öffentlichkeitsbeteiligung anberaumt, in der die Pläne dann noch mal zur Kenntnis- und Stellungnahme ausgelegt werden.

In der nun folgenden Aussprache wurde deutlich, dass der vorgeschlagene Standort der neuen Universitätsbibliothek für Geisteswissenschaften im nördlichen Bereich des Alten Botanischen Gartens offenbar nicht von einem öffentlichen Konsens getragen ist. Die Gegenargumente vereinten sich in einer Koalition unterschiedlichster Begründungen. Sie reichten vom Festhalten am Bibliotheksturm an der Röpkestraße, über die Standort-alternative Brauereigelände, bis zur Verteidigung des Status quo am Nordrand Botanischer Garten, dessen leergezogene Gebäude eher für Wohnungen umgenutzt werden sollten statt einem Bibliotheksturm zu weichen. Einige Redner fürchteten, dass der UB-Neubau massiver ausfallen wird als jetzt vorgestellt und dass auch die Eingrabung funktional, bautechnisch und aus Blickwinkel Grundwasserregime problematisch sei. Auch fehle ein Umweltgutachten. Wieder andere Redner kritisierten die UB-Konzeption, weil ihrer Meinung nach die gerechneten Flächenbedarfe für die Freihandbibliothek und die nötigen Funktionsflächen nicht reichen werden, angesichts wachsender Studentenzahlen. Überdies seien nicht wirklich alle Institutsbibliotheken aufgenommen, was entweder das Konzept von vornherein verwässert oder aber einen latenten Nachbesserungsbedarf erzeugt, der irgendwann einmal die Kubatur anschwellen lässt. Der Schutz des Alten Botanischen Gartens war allen Gegenrednern wichtig. Einige stützten mit der geforderten absoluten Unantastbarkeit des Gartens ihre Argumentation auf einer anderen Ebene, anderen ging es primär um den Garten. Eine Frage war auch, ob die Mensa mit in den Campus Firmanei einbezogen werden sollte, stellt sie doch eine Kommunikationsbörse ersten Ranges dar, sie könnte räumlich und damit funktional ins Abseits geraten. Andere besorgten sich um das KFZ und hätten ihm gerne einen Standort im neuen Campus verschafft. Beiden Lobbyisten, konnten keine großen Hoffnungen auf Erfüllung ihrer Wünsche gemacht werden, ebenso nicht den Forderungen, ein Wissenschaftsmuseum in die kurz- und mittelfristige Ausbauplanung einzubeziehen. Es fehlt schlicht an Flächenressourcen. Überdies sei die Mensa keine 10 Minuten Fußweg vom neuen Campus entfernt.

Während die meisten der eher technischen Einwände und Besorgnisse durch die Erläuterungen der anwesenden Fachleute eine befriedigende Entgegnung und Problemlösungsperspektiven fanden, kann man politisch diametral entgegenstehende Werthaltungen nicht umstandslos durch Argumente integrieren. Der politisch konfliktuelle Dialog muss offen- und von allen ausgehalten werden.

Die in diesem Zusammenhang zu erwähnenden Vorschläge für einen anderen Standort sind ad hoc nicht ausräumbar. Sie ließen durchaus für eine Weile den Eindruck aufkommen, als sei der Workshop, der sich ja anschließend schon um die Ausarbeitung der Zielvorgaben für den Wettbewerb bemühen soll, zu früh angesetzt. Die wichtige Grundsatzfrage „Standort UB“ muss ernsthaft vorgeklärt sein und darf nicht, in einer hitzigen Debattenschlacht überraschend aufgeworfen, auf die leichte Schulter genommen, weder spontan beantwortet noch unterdrückt werden. An dieser Stelle muss der Moderator durchaus Selbstkritik üben, er hatte sich nicht ausreichend darüber informiert, ob diese Grundsatzfrage politisch eindeutig entschieden und von der Öffentlichkeit gebilligt war oder nicht. Im Auditorium griff zeitweilig Unsicherheit um sich, weil die antagonistischen Haltungen zu Bibliothek und Standort bewusst den Verdacht schürten, zumindest sein Entstehen billigend in Kauf nehmen, dass man zum Mitplanen eingeladen, aber zum Abnicken vorgefasster Entscheidungen missbraucht werde.

Im Verlaufe der Auseinandersetzung meldeten sich dann aber Stimmen, besonders von engagierten Laien, zu Wort, die die Versammlung aufforderten, die Grundsatzdebatten erstmal einzustellen und im Detail den von Universität und Stadt eingebrachten „Leitvorschlag“ nach den 5 Kriterien in den 5 Arbeitsgruppen zu erörtern, zu kritisieren und zu verbessern.

Die große Mehrheit der Anwesenden zeigte sich geneigt, diesem Vorschlag zu folgen, und man verteilte sich in die thematisch vorbereiteten 5 Arbeitsgruppen, die am selben Abend noch zu arbeiten begannen, um am folgenden Tag weiterzumachen. Die Teilnehmerschaft blieb stabil während der ganzen Zeit, jede Gruppe hat eine Sprecherin oder einen Sprecher (Protokoll) gewählt, die dann im Plenum vortrugen.

II. Ergebnisberichte aus den 5 Arbeitsgruppen

Protokoll: Claudia Weber, Präsidialbüro

Redaktionelle Überarbeitung: Günther Uhlig

Arbeitsgruppe 1: Städtebau und Denkmalschutz

Sprecher: Frau Waltraud Mechsner-Spangenberg und Herr Gerhard Haberle

Nach umfassender Diskussion über alternative Standorte und die erwartbaren Kubaturen stellt die AG fest: Der Neubau der Zentralen Universitätsbibliothek für Geisteswissenschaften auf dem Brauereigelände ist aus städtebaulicher Sicht nicht vertretbar. Die zwischen Pilgrimstein und Mühlgraben zur Verfügung stehende bebaubare Fläche der Brauerei ist zu klein. Der Nutzflächenbedarf eines Neubaus würde eine Gebäudehöhe ergeben, die die Höhe des Sudhauses deutlich übersteigt. Die Höhe des Sudhauses ist der Maßstab für eine neue Bebauung, sie soll nicht überschritten werden.

Der Bau einer neuen Universitätsbibliothek am Standort der Frauenklinik und des Schwesternwohnheims ist dagegen städtebaulich zu vertreten. Eine Machbarkeitsstudie zu den Kubaturen liegt vor. Sie zeigt, dass bei einem Bedarf von 30.000 qm Bruttogeschossfläche gegliederte Baukörper zwischen 2-3 und 5 Geschosse (Bücherturm) entstehen können. Die Höhe des neuen Gebäudeteils am Pilgrimstein darf die Traufhöhe des Hygiene-Instituts nicht überschreiten. Der Schäfer-Bau (pharmazeutische Biologie) darf vom dahinter liegenden Neubauteil nicht überragt werden. Architektonisch muss auf Transparenz der Baukörper geachtet werden (kein geschlossener oder geschlossen erscheinender Baukörper). Die Durchlässigkeit von der Elisabethkirche zum Alten Botanischen Garten hin muss gewährleistet sein.

Es muss sichergestellt werden, dass Schäden im Alten Botanischen Garten, die durch Grundwasserabsenkung entstehen könnten, vermieden werden.

Es sollen Freiräume für die Bevölkerung in dem neuen Areal entstehen (keine „Verschanzung“ der Universität).

Um mehr Fläche zu gewinnen ist die Einbeziehung des Mühlgrabens auf dem Brauereigelände wünschenswert.

Die hohe Fluktuation von Studierenden muss bei der Wegeplanung berücksichtigt werden.

Es werden Beeinträchtigungen für die Nordstadt durch erhöhtes Verkehrsaufkommen befürchtet. Entspr. Vorkehrungen müssen eingeleitet werden.

Auf dem Gelände der Kinderklinik wird eine Blockrandbebauung empfohlen, die sich an der Höhe der Kinderklinik orientiert. Eine Einbeziehung des Innenhofs und eine Durchwegung sind wünschenswert.

Denkmalschutz: Anders als auf dem Brauereigelände befindet sich auf dem Gelände der Klinika im Nordviertel ein hoher Anteil von denkmalgeschützten Gebäuden. Die Neubauplanung soll mit dem historischen Bild in Einklang gebracht werden.

Die Wettbewerbsausschreibung muss konkrete Ziele formulieren, gleichzeitig aber müssen Spielräume für die Kreativität der Planer offen bleiben.

Arbeitsgruppe 2

Alter Botanischer Garten und Freiraumplanung

Sprecher: Herr Horst Becker

Bevor Ausschachtungen für die Neubauten erfolgen, müssen detaillierte hydrologische Untersuchungen stattfinden. Durch das tief einzugrabende Gebäude der UB, die Gebäudeverdichtung am nördlichen Rand des Botanischen Gartens und wegen der eingeschränkten Funktion des Mühlgrabens als Wasserlieferant für den Botanischen Garten, sind Schäden, insbesondere am alten Baumbestand, zu befürchten.

Eine zu starke Gebäudeverdichtung und die damit verbundene Verengung der Freiräume ergäbe eine massive, bedrohliche Kulisse, die die Eigenständigkeit des Gartens beeinträchtigen würde. Dies ist zu vermeiden.

Es wird dringend empfohlen, den Botanischen Garten als Erholungs- und Ruheraum und nicht als „Durchgangspark“ nutzen. Die AG hat Lösungsvorschläge erarbeitet, die nachweisen, dass die Durchquerung des Gartens vom Pilgrimstein zur Johannes-Müller-Straße vermieden werden kann. Diese Vorschläge beinhalten auch die Wegeführung von der Bebauung Brauereigelände über den Pilgrimstein zum ehemaligen Klinikgelände.

Aus Sicht des Denkmalschutzes sind die Hauptwege der historischen Anlage, auch der Teich und der alte Baumbestand zu erhalten. So können die Pflanzquartiere in ihrer Substanz bewahrt werden. Für die Besonderheit des historischen Gartendenkmals, das den englischen Landschaftsgarten zum Vorbild hat, sind die Wegebeziehungen von hoher Bedeutung. Der ästhetische Widerspruch zwischen Transparenz und Abschottung, der den Charakter des Gartens prägt, ist zu beachten und zu erhalten.

Durch die Bibliothek hindurch und über die ihr zugeordneten Freiflächen muss der Zugang zum Alten Botanischen Garten offen bleiben, doch darf weder Zwang noch Aufforderung zum Durchgangsverkehr entstehen. Der Pilgrimstein soll verkehrsberuhigt und die Parkplätze daran könnten entfernt werden. Nach der Neugestaltung des Pilgrimsteins soll kein Steg mehr von dort in den Garten führen. Der Strom der Passanten zur Mensa muss gelenkt werden: Vom Gelände der Brauerei aus kann mittels eines Stegs über den Mühlgraben eine Verbindung zum Hörsaalgebäude sowie in Richtung Mensa geschaffen werden. Die Treppe zum Botanischen Garten am Pilgrimstein und die Überbrückung des Mühlgrabens an der Johannes-Müller-Straße sollen geschlossen werden (Alternative s.u.), die Begehung des Gartens soll von der UB aus erfolgen.

Denkmalschutzgesichtspunkte legen es nahe, dass ein architektonischer Bezug von UB-Neubau zum historischen Carl-Schäfer-Bau hergestellt wird, z.B. auch durch die Verwendung von Sandsteinverkleidungen.

Der Alte Botanische Garten darf als sensibles Gartendenkmal durch die Bebauung keine Beeinträchtigung erfahren, vor allem dürfen an der Gesamtfläche und am Pflanzenbestand keine Änderungen vorgenommen werden.

Bei der Gestaltung des Gartens sollen historische Elemente verwendet werden (z.B. Gartenleuchten nach historischem Vorbild, Korrektur der Wege auf die alten Breiten), der Park soll seinen Gehölmantel behalten, der Haupteingang am Pilgrimstein soll erhalten bleiben, auf der Südseite soll eine walddichte Bepflanzung erfolgen und auf der Innenseite eine Bepflanzung mit einer Hängebuche.

Die nördliche Treppe am Pilgrimstein sollte erneuert und in Sandstein ausgeführt werden.

Weitere Empfehlungen können dem „Pflegerwerk Alter Botanischer Garten“ von Horst Becker entnommen werden.

Arbeitsgruppe 3

Verkehr und Umwelt

Sprecher: Frau Bettina Amedick und Herr Jürgen Rausch

Die Arbeitsgruppe empfiehlt, in der Ausschreibung den aktuellen und gesicherten Standard für ein optimales Energiekonzept einzufordern. Die Neubauten sollen nicht nur maximal Energie sparen (Stichwort: Passivhaus), sondern möglichst sogar Wärme gewinnen. Es werden konstruktiv-architektonische wie technische Maßnahmen zur Energieeinsparung und -gewinnung empfohlen (z.B. Photovoltaikanlage, Solarkollektoren, Warmwasseraufbereitung, Regenwassernutzungsanlage auf der neuen Dachfläche etc.).

Im Zusammenhang mit der Neuplanung „Campus Firmanei“ wird der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, die Chancen, die mit dem neuen universitären Standort verbunden sind, für die Stärkung des Umweltverbunds zu nutzen. Studierende und Lehrende stellen ein Potential für die Nutzung des Umweltverbunds dar; es muss ein Konzept entwickelt werden, dass diese Klientel optimal einbezieht.

Es wird empfohlen, im Innenstadtbereich keine neuen Stellplätze zu schaffen, sondern vorhandenen Parkraum besser zu nutzen. Die Mitnutzung des Parkhauses Oberstadt durch Universitätsangehörige ist denkbar (von 240 Stellplätzen sind durchschnittlich 80 frei).

Wie bereits in der Stadtverordnetenversammlung diskutiert, soll geprüft werden, ob Stellplätze im Bereich der Wilhelm-Röpke-Straße für den Campus Firmanei genutzt werden können. Die Anbindung könnte über eine neue Brücke zur Savignystraße erfolgen.

Der vom Magistrat 2001 beschlossene Verkehrsentwicklungsplan zur Verkehrsberuhigung der Elisabethstraße muss im Zusammenhang mit der Campus-Firmanei-Planung überarbeitet werden. Dabei sollte über die Elisabethstraße hinaus der Straßenraum Robert-Koch-, Bunsen- und Deutschhausstraße einbezogen werden.

Die Wege von der neuen UB zur Mensa sollen so ausgelegt werden, dass Besucherströme durch den Botanischen Garten vermieden werden. Bestehende Brücken können genutzt werden. Das gilt auch für die bestehende Mensabrücke. Sie soll verbreitert werden, um Fußgängern und Radfahrern das Überqueren zu ermöglichen. Die Querverbindung zwischen neuer UB und den vorhandenen Gebäuden des Campus (Hörsaalgebäude, Mensa etc.) soll nicht über den Botanischen Garten erfolgen, vielmehr eine attraktive Anbindung über den

Pilgrimstein geschaffen werden. Ein Übergang vom Brauereigelände in den Botanischen Garten über eine Rampe (barrierefrei, aber unattraktiv für Fahrradfahrer) ist vorstellbar. Eine Brücke vom Brauereigelände zum Hörsaalgebäude und zur Mensa wird gewünscht. Eine weitere Brücke über den Mühlgraben am nördlichen Abschnitt der Johannes-Müller-Straße würde die UB (und den anschließenden Campus Firmanei) von Osten her erschließen und damit den Botanischen Garten schonen. Eine neue Brücke über den Lahnmarm würde das Gelände an der Robert-Koch-Straße direkt an den Campus Firmanei anbinden, sie ist mittelfristig vorzusehen.

Auf dem Campus dürfen keine neuen Parkplätze - außer für Behinderte und Lieferverkehr - entstehen. Beim sog. „Lückenschluss“ im Bereich der Kinderklinik sollte der Bau einer Tiefgarage unter dem neuen Gebäude geprüft werden. In der Wilhelm-Röpke-Straße, auf dem Parkplatz der UB, wird der Bau einer Parkpalette empfohlen. Ein Aufbewahrungsbereich für private Fahrräder soll dort, in Parkhausnähe, aufgestellt werden, um zur Weiterfahrt mit dem „Stadt-Rad“ anzuregen. Gute Busanbindung und Job-Tickets für die Universitätsbediensteten zur kostenfreien Nutzung des Busnetzes werden empfohlen. Das Parkhaus Bahnhofstraße, das sich derzeit im Bau befindet, kann von Universitätsangehörigen mitgenutzt werden.

Auf dem Campus Firmanei sollen ausreichend Stellflächen für Fahrräder vorgesehen werden.

Die Anbindung des Campus an das Busnetz wird als gut bezeichnet, sie bedarf aus heutiger Sicht keiner Verbesserung.

Arbeitsgruppe 4

Universität in der Stadt

Sprecherin: Frau Inge Maisch

Die Stadt soll kulturell in den Campus eingebunden werden und umgekehrt der Campus in die Stadt. Dies kann z.B. über öffentlich zugängliche Ausstellungsflächen, auch über Künstler-Ateliers und durch weitere kulturelle Schnittmengen geschehen, die Stadt und Universität inhaltlich enger verzahnen. Dieses Ziel soll in die Wettbewerbsausschreibung eingehen.

Stichwort: „Lebenslanges Lernen“: Bei der Campusplanung sollen die Kinder-Universität, VHS und Weiterbildungseinrichtungen berücksichtigt werden.

Die funktionale Vernetzung von UB und Stadtbibliothek wird empfohlen.

Auf dem Campus soll eine kulturelle Einrichtung mit Stehplätzen für 600 Personen zur Hauptnutzung durch das KFZ berücksichtigt werden. Die Entscheidung über die räumliche Unterbringung dieser Halle auf dem Campus und ihre Platzierung soll den Architekten überlassen werden. Weiterhin ist die Unterbringung mindestens einer Cafeteria auf dem Campus-Gelände erforderlich.

Nach Auffassung der AG ist ein Wissenschaftsmuseum eine Attraktion für die Stadt und sollte in die Projektplanung aufgenommen werden. Die Wissenschaftssammlungen der Philipps-Universität sind herausragend und sollten ansprechend präsentiert werden. Zum Beispiel im Rahmen von Wechselausstellungen in der neuen Bibliothek („Appetizer“). Das Wissenschaftsmuseum muss nicht zwingend auf dem engeren Campus untergebracht

werden, sondern könnte auch – je nach fachlicher Relevanz – in die weiteren Planungen integriert werden.

Der Besucher sollte auf seinem Campus Rundgang Informationen über die Philipps-Universität und ihre Geschichte erhalten. In die Ausschreibung sollte die Konzeptfindung für eine virtuelle Wegeführung aufgenommen werden, auch ein „Raum-Logistik-Konzept“, über das eine optimale Raumbuchung und -nutzung per EDV auch für Nutzer von außerhalb der Universität möglich wird.

Arbeitsgruppe 5

Kreative Milieus – Interdisziplinarität auf dem Campus

Sprecherin: Frau Anke Brugmann

Vorbemerkung:

Der Bericht dieser AG wurde nicht mitstenographiert, da er in Powerpoint vorgetragen und der Ausdruck anschließend von der Sprecherin zur Verfügung gestellt wurde. Das in Powerpoint übliche Darstellungsformat wird hier zur besseren Les- und Vergleichbarkeit in Fließtext übertragen, das Original ist angehängt.

Die Teilnehmer einigten sich zunächst auf drei Arbeitshypothesen zur Interdisziplinarität. Diese setze sich, erstens, immer stärker in Forschung und in den universitären Curricula durch. Zur Voraussetzung und Folge hat diese Tendenz, zweitens, die zunehmende Vernetzung der Forschenden und Lehrenden der verschiedenen Bereiche. Drittens schließlich: Eines der Medien für diese Vernetzung sind kreative Milieus.

Es gilt herauszufinden, wie diese Milieus beschaffen sein müssen, wie sie erzeugt und gestärkt werden können, damit sie die erwünschte produktive Vernetzungswirkung entfalten.

Kreative Milieus gedeihen nur unter günstigen räumlichen und soziokulturellen Rahmenbedingungen. Dazu gehören größenvariable, multifunktionale Hörsäle, Seminarräume und individuelle Dienstzimmer, die zugunsten der Kollektiv- und Gruppenräume auch eher klein sein können. Kreative Milieus sind nicht zu erzwingen, schon gar nicht räumlich zu generieren, sie bedürfen einer Vielzahl von gezielten, gesuchten, flüchtigen und länger anhaltenden Kontakten. Diese gedeihen in umhagenden Räumen und auf offenen Plätzen, an Orten der Stille, in Räumen der Zerstreuung und des organisierten Zufalls. Sie brauchen die laute zentrale Agora *und* die periphere ruhige Nische, diverse Cafés sowieso. Ein solches Raum- und Platzgefüge sollte in und um die neue Universitätsbibliothek entstehen und als Programm in die Wettbewerbsausschreibung aufgenommen werden.

Wo nötig, sollte auch zwischen den spezifischen Bedarfen der Studierenden und der Lehrenden/Forschenden differenziert werden, auch die Bedarfe der Stadtbewohner und auswärtiger Besucher müssen reflektiert und, wo nötig, mit besonderen Raumangeboten bedient werden.

Einige der spezifischen Bedarfe sind schon abzusehen.

Die Studierenden benötigen Plätze für selbstorganisiertes Lernen und Arbeiten, akustisch geschützte Räume für kleine Arbeitsgruppen. Bereiche für individuelles wie geselliges Essen und Trinken sollen in der Nähe aufzufinden sein. Notwendiges soll sich mit dem Angenehmen verbinden, ohne Vermischung allerdings. Kurze Wege ermöglichen längere Verweildauer. Eine weitere Rahmenbedingung ist die enge, verkehrstechnisch zu organisierende Verzahnung von Naturwissenschaften (auf den Lahnbergen) und den Geisteswissenschaften (Innenstadt). Sinnvoll ergänzt wird diese Maßnahme, wenn die Vorlesungszeiten mit den Fahrplänen abgestimmt sind.

Physische Räume und Plätze sind Voraussetzung, doch sie genügen allein nicht. Bestimmte Räume und Plätze, wie die zentrale Marktplatz/Agora, müssen an ihren Rändern und dezentralen Nischen durch Serviceangebote angereichert werden: Vertretung der Studierenden, Informations- und Beratungseinrichtungen des Studentenwerkes, Angebote der Fachschaften prägen die soziale Brauchbarkeit der geschlossenen, halboffenen und offenen Plätze, Räume und Orte.

Die Lehrenden benötigen darüber hinaus arbeitsplatznahe Orte für Empfang von auswärtigen Besuchern der Universität und der Fakultäten. Für Räume zur Beköstigung muss gesorgt sein in einem angenehmen und bequemen Ambiente.

Kurze Wege, enges Nebeneinander in informellen Zwischenbereichen, bei getrennten Funktionszonen für ungestörten Rückzug und Konzentration, tragen auch hier zu Inspiration und kreativen Miteinander bei. Wohnzimmerartige Lounges mit bequemen Sesseln und spezif. Bibliothek, Zeitschriften, Zeitungen, mit bistroartiger Beköstigung sollten in zentraler und dezentraler, fakultätszugeordneter Lage in Betracht gezogen werden

Integriertes studentisches Wohnen belebt und „kontrolliert“ den Campus. Gemeinschaftseinrichtungen sind heute Standard. Wohnheime für Studierende müssen vom Studentenwerk sozial und psychologisch gestützt werden, besonders für ausländische Studenten ist diese Hilfestellung nötig. Dann sind diese auch besser integrierbar und Ghettoisierung kann vermieden werden.

Neue kulturelle Rahmen setzen und erfordern angepasste Raumprogramme, auch die sich verändernden Biografien der Studierenden. Lebenslanges Lernen wird zum Normalfall. Studierende Ehepaare mit und ohne Kinder, allein erziehende Studierende sind keine Ausnahmeerscheinung mehr. Sie brauchen Unterstützung durch Bereitstellung von unigen Kindertagesstätten, Hilfestellungen im städtischen Wohnungsmarkt u.a.

Die Realisierbarkeit von campusnahen Wohnen für Studierende soll überprüft und ggf. ausgeschrieben werden.

Wegen der räumlichen Begrenztheit des Campus Firmanei sollte nicht von vornherein die Idee der Integration des studentischen Wohnens scheitern. Man kann längerfristige Dispositionen heute anlegen und mit der kurzfristigen Planung so koordinieren, dass die Realisierung später, z.B. auf dem bahnhofsnahen Gelände geschehen kann.

Weitere Gesichtspunkte und offene Fragen der 5. Gruppe:

Ein universitätsinterner Wettbewerb sollte die Fakultäten in sinnvolle Nachbarschaften aufgliedern, er könnte eine campusgerechte Verkehrsführung ermitteln, sollte die Hinwendung der UB zum Garten definieren und räumliche Gesten der Einladung an die Stadtbewohner überlegen. Schließlich sollte auch noch der bisherige Name „Campus Firmanei“ auf den Prüfstand.

III. Plenum, Fragen und Abschlussdiskussion

Zusammenfassung der Berichte durch den Moderator, Herrn Günther Uhlig:

Herr Uhlig stellt folgende wesentliche Aussagen heraus. Er hält zunächst fest, dass durch Weiterarbeit in den AGs und intensivere Reflexion der komplexen Problematik einhellig Konsens über den Standort der UB auf dem Gelände der ehemaligen Frauenklinik und des Schwesterwohnheims erzielt worden ist. Neuordnung des Klinikgeländes (durch universitäre Wiedernutzung denkmalgeschützter Gebäude) und Neubau der UB öffnen Chancen sowohl für die Gestaltung einer ästhetisch befriedigenden nördlichen Einhegung des Gartens als auch für Durchlässigkeit zur Nordstadt, die damit besser angebunden und aufgewertet wird. Alternative Standorte, in der Eröffnungsveranstaltung noch vorgeschlagen und nachdrücklich argumentativ vertreten, wurden in den Gruppen nicht mehr weiterverfolgt.

In Ansehung dieses Ergebnisses schlägt Herr Uhlig vor, in der Wettbewerbsausschreibung diesen und *nur* diesen Standort vorzugeben. Sollte ein Teilnehmer wirklich eine bessere Idee haben, die das Preisgericht auch überzeugt, dann kann dieser Alternativvorschlag (bei Einstimmigkeit der Juroren) in das weitere Bewertungsverfahren einbezogen werden.

Die Einigung auf den UB-Standort nördlicher Rand des Alten Botanischen Gartens ist jedoch nur zustande gekommen unter mehreren Bedingungen. Der Garten darf weder in Substanz noch Charakter verändert werden. Alle möglichen Gefährdungen (u.a. Grundwasserabsenkung etc.) sind fernzuhalten. Im Widerspruchsgefüge von gewünschter Durchlässigkeit des Gartens *und* Schutz vor Überbeanspruchung; von Einbindung in die Stadt *und* gleichzeitiger Bewahrung des eher einzuhegenden Landschafts-Garten-Denkmal müssen die Planer sich sorgfältig orientieren und überzeugende Gesamtlösungen anbieten die den Eigensinn der Einzelforderungen gegeneinander ausbalanciert. Auch müssen Höhe und Kubatur der Gebäude den in der Machbarkeitsstudie ermittelten schematischen Lösungsmöglichkeiten entsprechen. Wenn auch diese Einschränkungen und Bedingungen in einem qualifizierten B-Plan vorab festgelegt werden könnten, so ist nach Auffassung von Herrn Uhlig im vorliegenden diffizilen Problemfeld von dieser konventionellen, für Normalfälle bewährten Vorgehensweise, dringend abzuraten. Mögliche, nicht vorausgesehene innovative Lösungen werden durch einen starren B-Plan abgeschnürt.

Herr Uhlig empfiehlt auch, die Gesichtspunkte Energieeffizienz, Nachhaltigkeit und Umweltschutz, die allen Gruppen wichtig waren, als zentralen Bestandteil in der Ausschreibung zu verankern. Es ist erforderlich, dass ein Energieingenieur mit dem Architekten zusammenarbeitet. Auch ist das Anliegen mehrerer AGs und einzelner Persönlichkeiten (Eröffnungsveranstaltung) umzusetzen, das die Bedeutung der „Dachlandschaft“ des Campus, der „5. Ansicht Marburgs“ unterstreicht und geeignete Lösungen einfordert. Zu diesem Thema müsse die Ausschreibung ästhetisch akzeptable wie technisch effiziente Gestaltungsweisen verlangen. Allerdings sollte man sich dabei im Klaren sei, dass z.B. Dachbegrünung als Klimaschutz in Konkurrenz gerät zu Dächern, die mit technischem Equipment für solare Energiegewinnung sorgen. So sollte man hier nicht Einzellösungen verlangen, stattdessen die Auflösung der Widersprüche einem integralen Energie- und Umweltkonzept überlassen, das mit der Architektur im Einklang ist.

Zum Schluss hebt Herr Uhlig noch die wichtigen Befunde der 5. AG hervor. Schaffung kreativer Milieus als zentrale Aufgabe von Architektur und Städtebau findet in Marburg einzigartige Startpositionen. Stadt und Universität sind miteinander verstrickt. Reibungsflächen, Überlagerungen, Brüche, Geschichte und Moderne, Überraschungen und soziale „Lebendigkeit“, die knappe Ressource in den künstlichen Campi, das ist hier alles schon da und muss nicht erfunden und baulich aus der Retorte gehoben werden. Dennoch sind Verstärkungen dieser Qualitäten angebracht. Die Neubauten und die planerische Gesamtstrategie muss geeignete Orte, Räume und Plätze schaffen, damit die Verbindung von Stadt und Uni, damit die informelle Begegnung von Studenten und Lehrenden und die Vernetzung der Disziplinen nachhaltig gefördert wird. Der richtigen Auslegung und Charakterisierung der Raumfolgen in den Basisgeschossen der Bibliothek mit den zugehörigen Freiräumen kommt dabei allerhöchste Bedeutung zu. Dass die Bibliothek selbst in ihrer inneren Struktur optimal organisiert wird, ist hier als Selbstverständlichkeit vorauszusetzen, die Verflechtung mit Stadt und Campus wird hingegen zugunsten eines autonomen Gebäudes oft vernachlässigt. Das darf hier nicht geschehen.

Gelegenheit zu Rückfragen und zur kurzen Aussprache:

Herr Müller regt an, als Alternative zum Bau einer teuren Tiefgarage Job-Tickets einzuführen, die die Stadt vom Individualverkehr entlasten.

Herr Heusinger befürchtet, dass die Nutzfläche für Bücher in der neuen UB (17.400 qm) (Nutzfläche der heutigen UB: 11.000 qm plus geisteswiss. Bibliotheken 8.000 qm = 19.000 qm, allerdings ohne Kompaktaufstellung) nicht ausreiche. Er hält es für wichtig, bereits bei der Planung auf den Zuwachs der Bibliotheksbestände und der Studierenden zu

vorausschauend reagieren; ggf. sei zu überlegen, ob in den geisteswissenschaftlichen Instituten Buchbestände verbleiben.

Herr Neuhausen bezeichnet es als großen Vorteil, dass die geisteswissenschaftlichen Bücherbestände demnächst an einem Ort untergebracht werden können; die geplante Fläche reiche aus, durch neue Techniken werde man noch zusätzliche Stellflächen gewinnen.

Frau Katharina Krause teilt auf entspr. Anfragen aus dem Auditorium mit, dass die Ideen des Workshops im Verfahren berücksichtigt werden. Das Protokoll der Sitzung ist Grundlage für das weitere Vorgehen. Es wird in die Homepage der Philipps-Universität gestellt.

Das Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung an Planungsvorhaben sieht vor, dass Personen, die verhindert waren am Workshop teilzunehmen oder die später noch auf relevante Gesichtspunkte gestoßen sind, mit schriftlichen Eingaben sich binnen einer Woche noch einbringen können. Die schriftlich dargelegten Anregungen und Wünsche können bei Frau Weber, Vorzimmer des Präsidenten, weberc@verwaltung.uni-marburg.de bis Freitag, den **23.11.2007** abgeliefert werden.

Herr Uhlig geht auf die offen geäußerten und latenten Bedenken Vieler im Auditorium hinsichtlich der Wirksamkeit von Bürgerbeteiligung zum Schluss noch mal ein. Bürgerbeteiligung lebt auf der einen Seite nur in dem Maße, wie realitätsnahe Vorschläge erarbeitet werden und auf der anderen davon, dass die Verwaltungen die Konzepte der „Laien“ und Bürgergruppen ernst nehmen und soweit wie irgend möglich verbindlich in die formale Struktur der weiteren Planung aufnehmen. Letzteres ist oft nicht in befriedigender Weise der Fall und so ist gesundes Misstrauen der Bürger nicht unangebracht. Letzteres ist hier im Auditorium erfreulich zu spüren gewesen, umso positiver ist jetzt das Ergebnis, das nicht nur ernsthaft erarbeitet wurde und zu wichtigen Ergebnissen führte, sondern auch den anfänglich geäußerten Verdacht zerstreute, hier handle es sich um eine Alibiveranstaltung. Somit, so Herr Uhlig, sei ein doppelter Erfolg zu verzeichnen. Herr Uhlig weist dann noch auf den entsprechenden Paragraphen (§ 3, Abs.1 u. 2) des Baugesetzbuchs hin, der die zweistufige Öffentlichkeitsbeteiligung regelt. Der jetzt gelaufene Workshop gehört zur 1. Stufe. So sind Befürchtungen gegenstandslos, dass ab jetzt, nach dem Workshop, die Bürger ausgeschlossen bleiben.

Damit gibt Herr Uhlig seine Rolle als Moderator ab, dankt allen Beteiligten für die produktive Arbeit und bittet Herrn Rausch (Fachbereichsleiter Planen Bauen Umwelt der Stadt) als Vertreter der Gastgeber, die Leitung der Veranstaltung wieder zu übernehmen.

Herr Rausch dankt dem Auditorium und den Arbeitsgruppen für die geleistete Arbeit und die wertvolle Hilfe bei der Präzisierung der städtebaulichen Zielfindung und Abwägung der baulichen Mittel. Zum weiteren Verfahren erläutert Herr Rausch: Als nächstes werden die Wettbewerbsergebnisse öffentlich ausgestellt (Herbst 2008). Im Rahmen der Ausarbeitung der Pläne für die Wettbewerbsergebnisse soll dann erneut eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt werden.

Herr Rausch bittet jetzt Herrn Bürgermeister Kahle ums Wort.

Nach Auffassung von Bürgermeister Dr. Kahle zeigt das Ergebnis der Arbeitsgruppen, dass die Mehrheit der Bürger von den Vorzügen der Campus-Planung in der Stadt überzeugt ist. Er sieht in der Neuordnung des Campus auch die Chancen für eine moderne Verkehrs- und Umweltpolitik. Die Landesmittel in Höhe von 440 Mio. € sollten für Bauvorhaben von Forschung und Lehre und nicht für Kfz-Parkflächen ausgegeben werden. Die Stadtverordnetenversammlung werde im Februar über die Eckpunkte für den Planungswettbewerb beschließen. Anregungen könnten bis dahin auf der Homepage der Stadt abgegeben werden.

Der Universitätspräsident, Herr Prof. Dr. Volker Nienhaus dankt zum Schluss allen Anwesenden für das intensive Engagement während der beiden Arbeitstage. Aus dem von der Landesregierung geförderten Programm HEUREKA, aus dem die Campus-Planung realisiert wird, könne eine gemeinsame Entwicklungsperspektive für die Stadt Marburg und die Philipps-Universität erwachsen. Die Philipps-Universität werde bei der Bauplanung die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und der Mitglieder der Universität berücksichtigen. Prof. Nienhaus fordert die Öffentlichkeit ausdrücklich auf, Anregungen einzureichen. Nur gemeinsam könne eine solche Herausforderung gemeistert werden.

Damit ist die Veranstaltung geschlossen.

IV Anhänge

Präsentation Prof. Dr. Katharina Krause

Präsentation Ergebnisse Workshop 5 (Anke Brugmann)

Nachträgliche schriftliche Eingaben